

MANNHEIM

e7

www.morgenweb.de



Die Flüchtlinge Malonga (v.l.), Sering und Birhan sind Mitglieder des Bewohnerbeirats im BFV. Sie vermitteln zwischen Bewohnern und Management der Einrichtung. B

Benjamin-Franklin-Village: Bewohner wollen Probleme in Unterkunft selbst angehen / Wohlfahrtsverband kritisiert Erstaufnahme

Mitspracherecht für Flüchtlinge

Mitspracherecht für Flüchtlinge

Von unserem Redaktionsmitglied
Lisa Gabauer

Die drei jungen Männer, die sich als Malonga, Sering und Birhan vorstellen, sollten schon längst keine Bewohner der „Bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen“ (BEA) im ehemaligen Benjamin Franklin Village (BFV) mehr sein. Malonga ist im September 2016 aus Kamerun nach Deutschland geflüchtet und seit November vergangenen Jahres Bewohner der BEA – also seit fast elf Monaten. Ebenso lange lebt Sering aus Gambia in der Einrichtung, und Birhan aus Mazedonien nennt die ehemalige amerikanische Wohnsiedlung seit sieben Monaten sein Zuhause. „Wenn man länger als sechs Monate im Camp bleibt, wird man fast verrückt“, erzählt Malonga. Ursprünglich sollten Flüchtling in Erstaufnahmestelle nur drei bis sechs Monate verbringen – seit Mai gibt es das Gesetz, das sich diese Zeit auf bis zu 24 Monate verlängern kann. Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert dies.

Bundesweit erster Bewohnerbeirat

Auf engstem Raum leben die Flüchtlinge dort. Das führt stellenweise zur Reibereien. „Ich sage nicht, dass wir gut leben, denn das Leben im Camp ist sehr schlecht. Wir haben kein besonderes Essen, aber das ist nicht das Thema. Es geht um die Lebensumstände. Wir sind Menschen und keine Tiere. Die Flucht ist kein Spiel für uns. Wir sind hergekommen, weil wir Probleme haben“, sagt Malonga. Er ist einer von 18 Flüchtlingen, die zum Bewohnerbeirat gehören. Der



Die Erstaufnahmeeinrichtung im Jahr 2015. Damals waren bis zu 6 000 Flüchtlinge im BFV untergebracht, aktuell sind es zwischen 500 und 700 Personen. BILD: PROSSWITZ

Kritik an Gesetzesänderung

■ Wenn es nach dem Freundeskreis Asyl geht, soll der Bewohnerbeirat „ein **fester Bestandteil aller Erstaufnahmestellen werden**“.

■ Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg übte gestern Kritik an dem seit Juni in Kraft getretene „**Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht**“. Dieses räumt den Ländern ein, in Anlehnung an die Regelung für sichere Herkunftssta-

ten Asylbewerber ohne Bleibeperspektive längere als die vorgesehenen sechs Monate in einer Einrichtung wohnen zu lassen.

■ Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg fordert von der Politik, „**den Aufenthalt auf maximal sechs Monate zu beschränken**“. Ein längerer Verbleib sei „allein unter humanitären Gesichtspunkten nicht vertretbar“. *gbr*

Freundeskreis Asyl Karlsruhe (FKA) hat diese Initiative auf Benjamin Franklin im November 2016 ins Leben gerufen. Und dadurch habe sich einiges zum Guten geändert. Das betont Malonga – und auch der Freundeskreis Asyl Karlsruhe.

Laut FKA ist der Bewohnerbeirat als Element der Selbstverwaltung und Mitbestimmung bundesweit einmalig. „Es geht uns darum, si-

cherzustellen, dass die Flüchtlinge das Gefühl haben, als Individuen wahrgenommen zu werden“, sagt André Bleu, Leiter der Beratung und Begleitung im Bewohnerbeirat. Einmal in der Woche kommen die Bewohner in einer Sitzung zusammen, besprechen aktuelle Probleme in der Unterkunft. „Bei aufkommenden Schwierigkeiten mit Security-Mitarbeitern gibt es auch Sondersitzun-

gen“, erklärt Bleu und sieht bei einem Erfolg: „Wir haben, seit der Bewohnerbeirat gibt, 70 bis 80 Prozent weniger Polizeieinsätze. Aktuell sind 18 Bewohner, das sind mal zwei, mal drei Frauen, Teil des Beirats. Jedes Mitglied vertritt mindestens ein Herkunftsland. „Sere Mitglieder kommen aus Gambia, Kamerun, den Balkanländern, China, Pakistan, Irak, Iran, Liban...“, zählt Bleu auf – ohne Vollständigkeit zu pochen. Kommissarisiert werde vor allem auf Englisch, es seien aber auch immer wieder Übersetzer dabei.

Privatsphäre wichtig

Zurzeit sind den Bewohnern, stellvertretend durch Malonga, Sering und Birhan vorgetragen, welche Themen wichtig sind: der Wunsch nach mehr Privatsphäre durch die Möglichkeit, das eigene Zimmer zu schließen, die Möglichkeit, arbeiten zu gehen, um die Wohnkosten für eventuelle Klagen gegen Asylentscheide bezahlen zu können und ein Fernseher in der Einrichtung.

Bisher erhalten die Bewohner laut dem FKA 112 Euro Taschengeld pro Monat. Ein Gemeinschaftsraum in dem dann auch ein Fernseher sein soll, sei in Arbeit, erklärt Jeannine Rauhe vom Freundeskreis Asyl Karlsruhe. Zudem habe die Initiative zusammen mit den Bewohnern bereits an einem Essensplan gearbeitet. „Das ist wirklich ein wichtiges Thema“, sagt Rauhe. „Denn ein Essen von Menschen aus 30 verschiedenen Ländern angenommen wird, ist schon die halbe Miete.“